

Gesundheitsexperten nehmen Apothekensterben in Kauf

Köln, 05. Februar 2010. Jede dritte Apotheke in Deutschland steht gegenwärtig vor dem Aus. Dieses Resümee zieht die Institut für Handelsforschung GmbH (IfH) aufgrund ihres jährlich durchgeführten Betriebsvergleichs für Apotheken. Würden aktuelle Forderungen einiger Gesundheitsexperten durchgesetzt, könne mehr als die Hälfte der Apotheken nicht mehr rentabel arbeiten. Besonders gefährdet seien Apotheken auf dem Land.

Apotheken in ihrer Existenz bedroht

Zurzeit machen 37 Prozent der 400 am Betriebsvergleich teilnehmenden Apotheken über das Jahr hinweg Verluste. Betroffen sind alle Apotheken unabhängig von ihrer Lage: in Städten und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern ebenso wie auf dem Land. Ihr dauerhafter Fortbestand ist unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten mehr als fraglich. „Legt man die Ergebnisse des Betriebsvergleichs als Abbild der deutschen Apothekenlandschaft zu Grunde, hat jede dritte Apotheke keine Überlebenschance“, fasst IfH-Bereichsleiter Dr. Markus Preißner die Ergebnisse der aktuellsten Erhebung zusammen. „Viele Apotheken schaffen künstlichen Gewinn, indem sie die Verluste mit Gewinnen aus anderen Bereichen – beispielsweise Einkünften aus Vermögensanlagen – verrechnen, Rücklagen aufzehren und kalkulatorische Kosten nicht hinreichend berücksichtigen: Ein Irrweg, der mittel- bis langfristig am Abgrund endet. Spätestens bei Verkauf oder Verpachtung ist das Überleben dieser Apotheken und ihrer Standorte mehr als fraglich.“

Pläne der Gesundheitsexperten könnten die Lage verschärfen

Vor dem Hintergrund der IfH-Erkenntnisse verwundern Aussagen von Experten, wie SPD-Gesundheitspolitiker Professor Dr. Karl Lauterbach und Gesundheitsökonom Professor Dr. Gerd Glaeske. Lauterbach spricht in einem Beitrag des ARD-Magazins *Report Mainz* pauschal von „überflüssigen Gewinnen“ der Apotheken. Diese beziffert er mit mindestens einer Milliarde Euro: Dem Betrag also, der in diesem Jahr von den gesetzlichen Krankenkassen in Form von Zusatzbeiträgen erhoben werden soll. Glaeske sieht dies ähnlich und möchte die Apothekenvergütung um einen Euro auf 4,80 Euro herabsetzen. Die Absenkung gefährde nicht das angeblich „gute Auskommen“ der Apotheken. Eine betriebswirtschaftliche Begründung, wie Apotheken auf über 20 Prozent ihrer Vergütungspauschale verzichten können, liefert Glaeske aber nicht. Er verweist auf ein Gutachten aus dem Jahre 2002/03, einer Zeit also vor Inkrafttreten solch marktrelevanter Gesetze wie dem GKV-Modernisierungsgesetz (GMG), dem Arzneimittelverordnungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz (AVWG) und dem GKV-Wettbewerbs-Stärkungsgesetz (GKV-WSG).

Verschlechterung der Versorgungssituation als Folge – besonders auf dem Lande

Die IfH GmbH hat den Vorschlag Glaeskes auf den Prüfstand gestellt. Das Institut simulierte, wie sich eine Anhebung des Kassenabschlags auf die betriebswirtschaftliche Situation einzelner Apotheken auswirkt. Die Studie basiert auf Daten von 125 am Betriebsvergleich des IfH teilnehmenden deutschen Durchschnittsapotheken.

Das Ergebnis der Simulationsrechnung ist erschreckend: Wird die Apothekervergütung auf 4,80 Euro abgesenkt, verschlechtert sich die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln in Deutschland massiv. Jede zweite Apotheke (53 Prozent) wäre nicht rentabel. Dies hätte zwar nicht zwangsläufig eine Schließung aller betroffenen Apotheken zur Folge. Schließlich stiegen durch den Wegfall einiger Apotheken wiederum Umsätze anderer Apotheken. Insgesamt aber würde das Apothekennetz enorm ausgedünnt; weiße Flecken entstünden vor allem auf dem Lande. Mehr als jede dritte (35 Prozent) zuvor rentable Landapotheke wies ein negatives Betriebsergebnis auf. Bei Stadtapotheken läge diese Quote bei 30 Prozent. In Städten wäre ein Rückgang der Apothekenzahlen leichter zu verkraften als auf dem Lande. In Gebieten mit wenigen Einwohnern müssen Patienten schon jetzt häufig längere Fahrstrecken auf dem Weg zur nächsten Apotheken überbrücken.

Fazit des IfH

Die betriebswirtschaftliche Situation der Apotheken in Deutschland ist bedrohlich. Mittel- bis langfristig werden viele von der Bildfläche verschwinden. Soll eine flächendeckende Versorgung bestehen bleiben, muss schnell gegengesteuert werden. Würden die von Lauterbach und Glaeske formulierten Vorschläge umgesetzt, beschleunigte und verstärkte sich das Apothekensterben. Besonders gefährdet wäre die Arzneimittelversorgung auf dem Lande. „Die ins Spiel gebrachte Erhöhung des Kassenabschlags zur Vermeidung von Zusatzbeiträgen der gesetzlichen Krankenkassen scheint vor dem Hintergrund der einzelbetrieblichen Analyse nahezu populistisch“, so IfH-Geschäftsführer Dr. Andreas Kaapke. Seiner Ansicht nach sollten neben möglichen Kosteneinsparungen auch die Konsequenzen für die Versorgung eindeutig benannt werden: „Hier sind klare Worte und Sachverstand gefragt – keine Milchmädchenrechnungen!“ Ein Vorwurf, der Glaeske und Lauterbach gleichermaßen trifft. Glaeske ist sich der Versorgungsproblematik vor dem Hintergrund einer rentablen Apothekenführung auf dem Lande augenscheinlich bewusst. Er ist Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen. Seine Vorstellungen über die zukünftige Apothekenlandschaft legt der Experte bei *Report Mainz* dar: „Wenn man es sehr pauschal ausdrückt und eine gerade Zahl haben will, dann könnte man tatsächlich sagen, jede dritte Apotheke könnte man zumindest zur Disposition stellen.“ Im Sondergutachten 2009 des Sachverständigenrates empfiehlt er, die Landbevölkerung unter anderem durch Versandhandel und pick-up-Stationen zu versorgen. Die Ausgabe der Arzneimittel erfolge im Falle der pick-up-Stationen dann am nächsten Tag. „Vor dem Hintergrund unserer Auswertungen und dem Kostendruck im Gesundheitswesen mögen dies klare Worte sein. Zugleich bedeuten sie aber die Verabschiedung von der zeitnahen und flächendeckenden Arzneimittelversorgung in Deutschland“, so Kaapke.

Der Abdruck der Pressemitteilung ist honorarfrei, ein Belegexemplar wird erbeten.

Die Pressemitteilung und Bildmaterial zum Download unter:

http://www.ifhkoeln.de/gesundheitsexperten_nehmen_apothekensterben_in.php

Die Institut für Handelsforschung GmbH

ist ein Forschungs- & Beratungsunternehmen mit empirisch basierten Businesslösungen für den Off- und Online-Handel. Groß- und Einzelhandel sowie dazugehörige Organisationen und Dienstleister vertrauen auf die jahrzehntelange Expertise und die individuelle Marktstellung als Schnittstelle von Wissenschaft & Praxis. Unabhängigkeit und fundierte Methodik resultieren aus der historischen Verbindung mit dem Institut für Handelsforschung an der Universität zu Köln (seit 1929). Hohe Mitarbeiterqualifizierung und die Kompetenz als Insider des Handels machen die Institut für Handelsforschung GmbH zum kompetenten Ansprechpartner für Fragen rund um den Handel sowie zum führenden Anbieter von Betriebs-Benchmarking im deutschsprachigen Raum.

Mit der Forschungsstelle für Arzneimitteldistribution verfügt das IfH über einen Unternehmensbereich, der sich exklusiv den besonderen Rahmenbedingungen und Marktmechanismen des Arzneimittelmarktes widmet. Die Forschungsstelle initiiert eigene Studien und arbeitet im Auftrag von pharmazeutischen Herstellern, Großhändlern, Apotheken und Verbänden.

Kontakt:

Institut für Handelsforschung GmbH

Lucy Kivelip
PR-Referentin

Tel.: +49 (0) 221 / 94 36 07 16

Fax: +49 (0) 221 / 94 36 07 99

E-Mail: l.kivelip@ifhkoeln.de

Internet: www.ifhkoeln.de